

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

161 (15.7.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde d. Redaktion: 12-1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Letzte Post, Residenz, Feuilleton und Unterhaltungs-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Biegler in Karlsruhe.

Bethmann-Hollweg — Reichskanzler.

Sonstige Veränderungen in der Regierung.

Der „Reichsanzeiger“ gibt die nachgesuchte Entlassung des Fürsten Bülow unter Verleihung des Schwarzen Adlerordens mit Brillanten bekannt, ferner die Ernennung des bisherigen Staatssekretärs des Innern v. Bethmann-Hollweg zum Reichskanzler, zum Präsidenten des Staatsministeriums und Minister des Auswärtigen, ferner die Ernennung des Staatsministers Delbrück zum Staatssekretär des Innern, ferner die Ernennung des Staatssekretärs Sydow zum Handelsminister, die Ernennung des Unterstaatssekretärs des Innern Wermuth zum Staatssekretär des Reichsschatzamts, ferner die nachgesuchte Entlassung des Kultusministers Holle und die Ernennung des Oberpräsidenten von Brandenburg von Trotz zu Solz zum Kultusminister und schließlich die Ernennung des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei v. Loebell zum Oberpräsidenten von Brandenburg.

B. Bethmann-Hollweg, der als Nachfolger des Grafen Posadowsky am 24. Juni 1907 das Staatssekretariat des Innern übernahm und nunmehr zur höchsten Stellung im Reich ernannt worden ist, wurde am 29. November 1856 auf Hohenfinow geboren. 1875-1879 studierte er die Rechte. Im Jahre 1884 legte er die Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst ab und wurde nach kurzer Beschäftigung als Assessor bei der Regierung in Potsdam im August 1885 Verwaltungsrat des Landratsamtes für Oberbarnim, im Jahre 1886 Landrat deselben Kreises. Im April 1896 wurde er zum Oberpräsidenten in Potsdam, im Jahre 1899 als Nachfolger des Grafen Posadowsky zum Reichskanzler ernannt. Am 3. Oktober desselben Jahres erfolgte seine Ernennung zum Oberpräsidenten von Brandenburg. Am 23. März 1905 erfolgte seine Ernennung zum Minister des Innern, nachdem er zwei Jahre vorher ein gleiches Amt abgelehnt hatte.

Die bürgerliche Presse über den neuen Kanzler.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: In dem Augenblick, da sich die Meinung festsetzen will, Fürst Bülow sei einer von ihm verhorreszierten Mehrheitsbildung gewichen, würden wir es für geradezu gefährlich halten, wenn mit der Ernennung seines Nachfolgers der Ansicht Vorschub geleistet würde, als hätte sich in Deutschland das parlamentarische Regierungssystem an. Den bisherigen Staatssekretär von Bethmann-Hollweg kann keine Partei und keine Parteigruppe für sich reklamieren und schon dieser Umstand läßt uns seine Ernennung willkommen heißen.

Die „Post“ schreibt: Das Herr v. Bethmann-Hollweg der Nachfolger des Fürsten Bülow geworden ist, zeigt, daß zurzeit der Schwerpunkt der Reichspolitik auf dem Gebiete der inneren Politik liegt. Der neue Kanzler darf seiner politischen wie seiner Weltanschauung nach dem Fürsten Bülow an die Seite gestellt werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht der Amtsführung des neuen Kanzlers mit voller Unbefangenheit entgegen und gibt sich der Zuvorfahrt hin, daß er auch in Fragen, die seinen Werten bisher fern lagen, die richtigen Wege zu einer gedeihlichen Leitung der Reichspolitik finden wird.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Der Stern des Herrn v. Bethmann-Hollweg scheint nicht unangünstig, er ist mit keiner Partei verwandt oder verschwägert. Sein Geschäftsführung wird sich auf mittlerer Linie bewegen.

Die „Germania“ führt aus: Eine angenehme Erbschaft ist es nicht, die Fürst Bülow seinem Nachfolger hinterlassen hat. Möge dieser wenigstens die Einsicht haben, daß, wie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, der Friede mit Ehren, so im Innern der konfessionelle Friede das höchste Gut ist. Wir wollen dem neuen Reichskanzler nicht mit Mißtrauen, sondern mit Vertrauen gegenüberstehen und die Vergangenheit der Blodäre vergangen sein lassen. Von den mancherlei Herren, die als Kandidaten für das Kanzleramt genannt sind, ist Herr v. Bethmann derjenige, dem man am ruhigsten Deutschlands Zukunft anvertrauen kann.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Zum erstenmal seit Begründung des Reiches tritt an die Spitze der gesamten Verwaltung ein Mann, dessen Haupttätigkeit bisher auf dem Gebiete der inneren Politik gelegen hat. Wir können darin einen Nachteil nicht erblicken. Im ganzen denken die vollzogenen Personenwechsel keinen Zug nach rechts an.

Das „Berliner Tageblatt“ führt aus: Von dem typischen Zuge des preussischen Junkers trägt Herr v. Bethmann-Hollweg so gut wie nichts an sich. Daß ihm seine Aufgabe nicht leicht werden wird, ist nach der letzten Wendung im Reich anzunehmen.

Reichstagseschluß und persönliches Regiment.

Der Reichstag ist also am Dienstag Nachmittag geschlossen worden. Geschlossen, nicht vertagt. Das heißt, er ist nach Hause geschickt worden, ohne gefragt worden zu sein, ob er auch will, nicht auf Grund eines einseitigen Beschlusses, sondern durch das einseitige Machtgebot der Krone.

Es gibt für den Reichstag zwei Formen, seine Arbeiten einstweilen abzuschließen: die Vertagung und die Schließung. Nach Art. 12 der Verfassung steht es dem Kaiser zu, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen. Nach Art. 26 bedarf es zur Vertagung der Zustimmung des Reichstags, wenn sie während derselben Session wiederholt werden oder die Frist von 30 Tagen übersteigen soll.

Hätte man sich für die Form der Vertagung entschieden, so hätte der Reichstag beschließen können, nicht auseinanderzugehen, solange nicht der neue Reichskanzler ernannt und in seiner Mitte erschienen ist. Er hätte sich ferner auch späterhin einer Vertagung, die länger als dreißig Tage dauert, widersetzen können. Bei der Schließung hat der Reichstag gar nichts dreinzureden, er muß sich stillschweigend trollen und abwarten, wann es beliebt wird, ihn wieder einzuberufen. Für diese Wiedereröffnung gibt es keinen verfassungsmäßigen Termin. Es genügt, den Reichstag wieder zu berufen, wenn es gilt, den nächstjährigen Etat zu genehmigen. Das kann möglicherweise erst zu Anfang 1910 geschehen.

Wird der Reichstag vertagt, so werden seine Arbeiten an dem Tage, wo man sie bei der Vertagung unterbrochen hatte, Gesetzentwürfe, die die erste Lesung und die Kommission passiert haben, werden in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Alle vorbereitenden, noch nicht abgeschlossenen Arbeiten behalten über die Vertagungsfrist ihren Wert und ihre Gültigkeit. Wird der Reichstag dagegen geschlossen, so müssen alle noch nicht vollständig erledigten Vorlagen, wenn sie überhaupt noch weiter verfolgt werden sollen, neu eingebracht werden. Die ganze mühevolle Kommissionsarbeit wird durch einen Federstrich vernichtet.

Darum hatte der Reichstag durch seinen Seniorenkongress einstimmig den Wunsch ausgesprochen, daß die Session nicht geschlossen, sondern vertagt werden solle. Aber der einstimmige Wunsch des Parlaments hat kein Gehör gefunden. Das Parlament hat überhaupt nichts zu wünschen. Des Königs Wille ist oberstes Gesetz.

Die sogenannte „Verantwortung“ für diese schwer zu verantwortende Verfügung hat nach Art. 17 der Verfassung der Reichskanzler durch Gegenzeichnung zu übernehmen. Die kaiserliche Vollmacht ist gegenzeichnet vom Fürsten Bülow, der sich zugleich seiner Verantwortung entzieht, indem er den Abschied nimmt. Fürst Bülow mußte ja nur dazu noch für ein paar Tage künstlich am Leben gehalten werden, daß der Schlag gegen den Parlamentarismus geführt werden konnte. Zugleich mit dem Reichstag geht auch der Reichskanzler, und das persönliche Regiment, in die Freiheit über. Ein neuer Kanzler wird ernannt werden, er wird monatelang ohne Parlament regieren als eine anonyme, verantwortungslose Firma.

Und dieser Vorgang, der in jedem zivilisierten Lande der Welt als ein Staatsstreik empfunden würde, ist nach der deutschen Reichsverfassung ein gesetzlicher Vorgang. Es ist, als ob das persönliche Regiment dem Reichstag hätte zeigen wollen, welche schwere Unterlassungssünde er beging, als er dem Drängen der sozialdemokratischen Fraktion nach Erweiterung der Parlamentsrechte passive Resistenz entgegensetzte. Selbst der Ausbau des Interpellationsrechtes, der durch einfache Aenderung der Geschäftsordnung hätte erfolgen können, ist von der liberalen Blockdiplomatie vereitelt worden. Je zaghafter sich der Reichstag benahm, desto energischer nimmt jetzt die Krone ihre Rechte wahr; sie zeigt, daß — trotz November! — Preußen-Deutschland ein dreiviertel-absolutistischer Staat ist.

Die Schließung des Reichstags ist erfolgt, nachdem der schwarzen Mehrheit der unerhörte Raubzug wider das deutsche Volk gelungen war. Die Erbschaftsteuer ist gefallen, die Finanzreform hat dadurch ihren vielgerühmten „sozialen Zug“ verloren. 500 Millionen neue Steuern sind bewilligt. Aber die sozialpolitischen Gesetze, mit deren Beratung der Reichstag beschäftigt war, die Gewerbeordnungsnovelle und das Arbeiterkammergesetz werden jetzt durch die Schließung des Reichstags gegen den Wunsch des ganzen Hauses achlos unter den Tisch geworfen.

Wohl hat man noch in der letzten Stunde die Beamtenbesoldung unter Dach und Fach gebracht, nachdem die Nationalliberalen, die Polen und jener Teil des Gen-

trums, der am Montag für die Wiederherstellung der Kommissionsvorlage gestimmt hatte, in der schändlichsten Weise umgefallen waren. Es bleibt bei der Brellung der Unterbeamten, es bleibt dabei, daß die Erhöhung der Mannschafslöhne wieder ins Ungeheure verschoben wird! Und die Arbeiterschutzgesetze, mit denen man die ganze Session über, so schlecht sie waren, renommiert hatte, verschwinden in die Vertiefung. Nur die Regelung der Finanzarbeit ist auf Betreiben der Sozialdemokraten als besonderes Gesetz aus der Gewerbenovelle ausgeschieden und erledigt worden. Das ist aber auch alles! Die Junker bekommen neue Liebesgaben und agrarische Schutzgesetze, den Offizieren und höheren Beamten sind die Gehälter aufgebessert, der neuen Regierung, die noch niemand kennt, sind Hunderte von Millionen bewilligt. Die Unterbeamten, die Soldaten, die Arbeiter, der Mittelstand sind die Geschädigten und Betrogenen.

Und der Rest ist — persönliches Regiment. Das Reich geht ohne Volksvertretung einer ungewissen Zukunft entgegen. Einstweilen vermag nur eine unabhängige und wachsame Presse und ein gesteigertes Vereins- und Versammlungsleben der Willkür Einzelner das Gegenwärtige zu halten. Für die sozialdemokratische Arbeitererschaft beginnt eine Periode angespannter politischer Tätigkeit. Wie war weniger Zeit zum Feiern als eben jetzt!

Neueste Nachrichten.

Warum Bülow den Reichstag nicht auflöste?

Ein in einer Rede vor dem Reichstag ausgesprochenes Wort Bülow über die Gründe seines Austritts, er habe sich nicht für die Auflösung des Reichstags entschieden, weil durch die Haltung der konservativen Partei eine politische Konstellation herbeigeführt worden sei, die unter Trennung aller liberalen Parteien die Konservativen zum jüngsten Bunde mit dem Zentrum und den Polen führten, wodurch wieder das Zentrum zur ausschlaggebenden Partei gemacht wurde. Der Erfolg dieser Haltung der Konservativen und der dadurch herbeigeführten Konstellation hätten sein Verbleiben im Amte unmöglich gemacht.

Zum Konflikt in Persien.

Teheran, 14. Juli. Sepehar ist mit den Bakhtiaren und Nationalisten in die Stadt eingerückt und hat nach kurzem Kampfe mit der Kosakenwache das Parlament besetzt. Die Stadt ist in ihren Händen. Die Kosaken wurden in der Kaserne eingeschlossen. Die früheren Abgeordneten wurden ins Parlament zurückgerufen. Im Lager des Schahs ist man unschlüssig, irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Was eigentlich aus den außerhalb der Stadt befindlichen Schahtruppen geworden ist, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Es verlautet, daß sie sich den Bakhtiaren ergeben haben. Petersburg, 14. Juli. Der Befehlshaber des russischen Expeditionskorps in Persien erhielt Befehl, in Teheran einzumarschieren und das Europäerquartier zu besetzen. Bisher ist keinerlei Meldung eingetroffen, ob der Schah bereits entflohen ist.

Ein Mädchenhändlerprozeß.

Mex, 13. Juli. Vor der Mejer Strafkammer fand heute ein Prozeß seinen Abschluß, der gegen drei Personen angehängt worden war, die ihre Opfer nach Buenos Aires schafften bezw. den Versuch dazu gemacht hatten. Der Hauptangeklagte ist der frühere Hotelbesitzer Hubert Sahnen, gebürtig aus Oberhausen. Er ist ein außerordentlich gewandter und in seiner Verteidigung raffiniert vorgehender Hochstapler. Seine Helfershelfer und Mitangeklagten sind seine Schwäger, die Witwe Niemersma, und ein Italiener namens Zanoni. Sahnen besaß früher ein Hotel in Königswinter und später in Köln. Hier scheint ihm der Boden zu heiß geworden zu sein, denn er reiste eines Tages plötzlich ab, um in Buenos Aires aufzutauhen. Dort war er zuerst Oberkellner, trat aber bald in Beziehungen zu den dortigen Freudenhäusern und machte dann mehrere „Geschäfts“-Reisen nach Europa. Sein erstes Opfer war ein Dienstmädchen aus Styrum, namens Schmidt. Dieses Mädchen hat er persönlich nach Argentinien gebracht und nach Ermittlung des Berliner Polizeipräsidiums befindet es sich noch heute in einem Freudenhause in Buenos Aires. Wahrscheinlich hat er noch eine ganze Reihe von deutschen Mädchen auf diese Weise ins Unglück gebracht. Das verbrecherische Aleeblatt wurde im November vor. 18. in Mex. verhaftet, wo es sich zeitweise niedergelassen hatte, um Deutsch-Lothringen und die französischen Grenzgebiete zu bearbeiten. Erwiesen wurde in der Verhandlung, daß er und seine Gesellen zahlreiche Verjuche gemacht haben, Dienstmädchen und Kellnerinnen aus Mex. und Umgebung fortzuschaffen. Der Hauptangeklagte Sahnen wurde zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, seine Helfershelfer zu je 1 1/2 Jahren und den übrigen Nebentrafen.

Seite 8, wegen, atliche, ren etc., noch, 8377, en etc., Gold, Hirsch, parterre, handlung, isartikel, Familien, so werden, n., 8248, IV., L., möbl Zimmer, t billig zu verm., 4. L. ist ein, möbl. Zimmer, 1. Zug. an 50, nieren. 3507, mit Gumm, reifen, zw, erhalten, r. 6, 2. St. 14, aschen u. Bügel, angenom, Hinterb. 1. St., „Kosmos“ in, gen gelocht gegen, Quisenstr. 44, Spiten, aufergewöh, aufen. 350, 22, 6. 2., nderkleid, angefertigt, 118 62, 3. St., öne, wohnungen, Hinterhaus, er zu vermieten, purrerstr. 20, 009, Inhalt: Ge, Naturgesch, 1.60 Mk., Vorschrift, Karlsruhe, Müller von, hier. G, helmine Raal, utlicher hier, May von, Albet, von Reudor, burg, mit, Stadtag, ob Straden, terer von Re, er hier, mit, erite Stot, uanna Str, Anna Str, D. Karl Str,

Politische Uebersicht. Fürst und Proletarierin.

Ueber den ferneren Verlauf der Meinesdsaffäre Eulenburg ist bekanntlich die Staatsanwaltschaft der Anschauung, daß an eine Wiederaufnahme des Prozesses in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Die Staatsanwaltschaft will dem Fürsten deshalb vorerst eine mehrmonatige vollständige Schonung, die durch keinerlei behördliche Maßnahmen unterbrochen wird, gewähren. Es werde von ihr auch kein Einspruch erfolgen, wenn der Fürst dem Räte seiner Ärzte entsprechend, einen Kurort aufsucht, selbst dann nicht, wenn sich dieser in Oesterreich befindet. Nach Ablauf einer bestimmten Zeit, voraussichtlich aber nicht vor dem Spätherbst, würde der Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg gerichtsärztlich geprüft werden. Auf Grund dieses Gutachtens werde die Behörde dann ihre weiteren Maßnahmen einrichten. Von einer weiteren polizeilichen Bewachung werde vollständig Abstand genommen werden, um alles zu vermeiden, was den Fürsten in feilsche Erregung versetzen könnte. Eine neuerliche Verhandlung soll erst dann stattfinden, wenn wirklich sichere Garantien dafür vorhanden sind, daß der Prozeß ohne Störung zu Ende geführt werden kann.

Die „Berl. Volkszeitung“ bemerkt zu dieser Nachricht: An demselben Tage, an dem der Fürst Eulenburg den schweren Anfall im Gerichtsgebäude in Moabit erlitt, wurde, wie wir berichteten, eine Frau aus Oranienburg, die sich vor dem dortigen Schöffengericht wegen Unterschlagung und Betrugs zu verantworten hatte, vor Gericht von einem schweren Herzkrampf befallen. Diese Frau wurde nach dem Gerichtsgefängnis zurückgebracht; ein Baberurlaub oder gar der Aufenthalt in einem ausländischen Badeort wird ihr sicherlich nicht gestattet werden. Bei dem Fürsten Eulenburg liegt außerdem, wie der Oberstaatsanwalt in der letzten Verhandlung erklärt hat, der Verdacht vor, daß er weitere Versuche zur Beeinflussung von Zeugen unternimmt. Muß der Fürst Eulenburg anders behandelt werden als die Frau von Oranienburg?

Sühne für Duellforderung. Am 25. Mai fandte der Professor Dr. A. Kramer, Reserveoffizier, dem verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Müller, eine Sühneforderung unter erschwerten Umständen, weil er sich durch einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung beleidigt fühlte. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte den Brief des duellwütigen Professors mit einigen Glossen. Dadurch erhielt die Staatsanwaltschaft Kenntnis von dieser Sache und leitete eine Verfolgung wegen Herausforderung zum Zweikampfe gegen Kramer ein. In der Verhandlung bemerkte der Vorsitzende ausdrücklich, daß von der „Volkszeitung“ keine Anzeige erstattet worden sei. Der Herr Professor erklärte, daß das Bezirkskommando mit seinem Vorgehen einverstanden sei. Das Urteil gegen den Professor lautete auf zwei Tage Festungshaft.

Ausland.

Industriellen Staatenbund beschlossen. Für den Anschluß wurden 1121, gegen ihn 3701 Stimmen abgegeben. Die „Bereinigten Staaten von Südafrika“ sind damit begründet; sie setzen sich zusammen aus: Kapkolonie, Transvaal, Oranjestaat und Natal. Das Parlament des neuen Staatenbundes wird bestehen aus einem Senat (32 erwählte und 8 ernannte Mitglieder) und einer Kammer von 111 Deputierten. Die vier Kolonien delegieren die Abgeordneten im Verhältnis zur Zahl ihrer Bevölkerung europäischer Abkunft. Demgemäß werden in die erste Kammer des Bundes entsandt werden: von der Kapkolonie 41, von Transvaal 36, vom Oranjestaat und von Natal je 17 Abgeordnete. Als Verhandlungssprachen wird holländisch und englisch mit gleicher Berechtigung zugelassen. Das Parlament wird in Kapstadt tagen, die Regierung waltet in Pretoria ihres Amtes. Die vier Kolonien konstituieren

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

164

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Emiliens Bruder kam in ihre Nähe. Sie rief ihn. Was willst du, Kleine? Hast du den Doktor Stein schon gesehen? Ja, weshalb? Du wolltest ihn ja während der Jagdzeit auf ein paar Tage zu uns einladen. Es wäre doch unartig, wenn wir uns jetzt gar nicht um ihn kümmern. Emilie war sehr rot geworden, als sie das sagte; ihre ganze Geistesgegenwart schien sie verlassen zu haben. Ihn zu uns einladen? rief Adolf von Breesen, nun, das fehlte wahrhaftig noch! damit die albernen Matschereien, die Lisbeth über dich und ihn aufgebracht hat, doch ja unsterblich werden — ihn zu uns einladen? lieber wollte ich — Ich bitte dich, Adolf! sei still, der halbe Saal kann ja hören, was du sagst. Meinel! sagte der junge Mann in leisem, aber bestimmten Ton. Das gefällt mir nicht. Du weißt, ich habe dich lieb, wie ein Bruder nur seine Schwester lieben kann; aber gerade deshalb muß ich dafür sorgen, daß du dich in keine solche Lorbeeren tiefer einläßt. Und ich werde dafür sorgen, verlaß dich drauf! Damit wandte er ihr den Rücken und ging den andern nach zum Saal hinaus. Emilie hatte Mühe, ihre Tränen zurückzuhalten. Ihre Angst wuchs mit jeder Sekunde. Es mußte Rat geschafft werden — so oder so. Sie ging auf Helene zu, die nicht weit von ihr mit andern Damen auf dem Divan saß, und sagte: Auf ein Wort, Helene! Was ist's? sagte Helene, aufstehend. Komm ein wenig weiter hierher. — Helene, du hast den Doktor Stein lieb, nicht wahr?

als Provinzen, an deren Spitze ein Gouverneur mit einem Provinzialrat steht. Die unglückseligen Schwarzen Südafrikas bleiben nach wie vor Varias. Der europäische Dünkel gestattete nicht, daß die Neger, die früher in der Kapkolonie wenigstens ein beschränktes Wahlrecht hatten, als Menschen und Bürger gemertet werden!

Badische Politik.

Erhöhung der Biersteuer in Baden.

Dem nächsten Landtag wird eine Vorlage über eine Erhöhung der badischen Biersteuern auf die Höhe des Reichs zugehen, auch Bayern und Württemberg werden ihre Biersteuern erhöhen.

Die badische Steuer ist heute schon die höchste im ganzen Reichsgebiet, höher auch als die bayerische, und eine reine Maßsteuer, da zur Bierbereitung in Baden nur Malz, Hopfen und Hefe verwendet werden dürfen, während im Gebiet der norddeutschen Brauereigemeinschaft Surrogatstoffe, wie Zuder usw., gestattet sind. Die Staffellung der badischen Biersteuer geht bis zu 13 Mk. vom Doppelzentner verschroteten Malzes. Bayern erhebt bis zu 12,5 Mk. vom Doppelhektoliter, da aber 1 Hektoliter Bier erheblich mehr als 1 Zentner Malz wiegt, so bleibt dieser Steuerfuß erheblich hinter dem badischen zurück. Die norddeutsche Brauereigemeinschaft bedingt 8 bis 10 Mk. vom Doppelzentner Malz, wozu dann noch die Steuer für Zuderzuschlag usw. kommt. Die neue Reichsbiersteuer fordert 20 Mk. vom Doppelzentner Malz.

Wohin die Reise geht. Die Herr Wacker mit dem Zentrum antritt, hat der Wahlstrategie der neuerlichen Verbündeten der ostelbischen Junker am vorigen Sonntag in L i e n g e n bei Waldshut recht auffällig verflücht. Wacker behandelte die Steuerreform im Reichstage und die dadurch geschaffene politische Konstellation. Dann erklärte er mit scharfer Betonung:

Die Ablehnung der Erbschaftsteuer ist die Sterberunde des Willens, sie ist das Todesurteil über die Reichskanzlerschaft Bülow's, sie ist das trügerische Pakt, das dem Liberalismus im Reichstage entgegengerufen worden ist auf seinem Wege zum parlamentarischen Kaiserthum, sie ist ein Wendepunkt in der Politik des deutschen Reiches mit einem Aus nach rechts.

Es ist gewiß nichts neues, daß die Zentrumspartei ihre Taktik dahin gestellt hat: Rechts abschwenken! Immerhin ist diese Feststellung gerade im jetzigen Augenblick interessant. Man will die ausschlaggebende Stellung, die man sich im deutschen Reichstage durch die skrupellose Bewilligung der volksbelastenden Steuern geschaffen hat, auch in Baden erobern. Dazu ist jedes Mittel recht; die einstige Volkspartei marschiert mit Hurra nach rechts, um an der staatlichen Futtertrappe zu sitzen und die bekannten Machtgellüste zur Geltung zu bringen.

Im gesamten politischen Leben arbeitet man auf die Demokratisierung des Staates und seiner Einrichtungen hin, sucht man, dem Volke möglichst viele politische Rechte zu verschaffen und der badische Zentrumsführer erklärt, wie Esmann's Schulze, an Schulze'sen, einseitig konservativen. Wer Augen hat zu sehen, der sehe!

Ueber Gleichberechtigung zwischen Partei und Gewerkschaften

fasselt der „Freiburger Bote“ in einem Leitartikel. Er zitiert dabei einen Satz aus der Broschüre des Genossen Rautsky „Der Weg zur Macht“. Rautsky behauptet dort und in einem Artikel der „Neuen Zeit“, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dauernd die Lage der Arbeiter zu verbessern. Er weist den Gewerkschaften die Aufgabe zu, Geburtshelfer der neuen Gesellschaftsordnung zu sein.

Der „Bote“ stellt es nun so dar, als wäre das Wort von Gen. Rautsky ein Nachwort für die Gewerkschaften, dem sich diese zu fügen hätten und folglich gibt es keine Gleichberechtigung. Wir können dem „Bote“ nur verraten, Genosse Rautsky hat gerade so wie jeder andere das Recht,

seine Meinung zu äußern, aber ein Nachwort hat er weder für die Gewerkschaften, noch für die Partei zu sprechen. Soweit sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften Beziehung zu einander haben, beruhen diese auf wirklicher Gleichberechtigung und die sozialdemokratische Partei hat den Gewerkschaftsvertretern noch nie zugemutet, die Arbeiterinteressen zu verraten, wie es die christlichen Arbeiterführer im Reichstag bei der Finanzreform tun mußten. Der „Bote“ möge dafür sorgen, daß den Arbeitern, welche der Zentrumspartei noch anhängen, dort der gebührende Einfluß und die Gleichberechtigung verschafft wird, bevor er sich um uns kümmert.

Das Zentrum und die Arbeiter.

Der Arbeiter aus dem Ringtal, dessen Ausführungen zur Finanzreform wir jüngst in unserm Blatte brochierten, hat sich jetzt auch an sein Parteiblatt, den „Bad. Beob.“, gewendet. Er führt dort folgendes aus:

„Gestatten Sie, daß ich zur Reichsfinanzreform im allgemeinen und zur Erbschaftsteuer im besonderen einige grundsätzliche Bemerkungen mache. Die Würde und das Ansehen des Reiches erfordert als gebieterisch, daß unserer Finanzwirtschaft ein Ende gemacht und eine Sanierung unserer Finanzen eintritt. Zu diesem Zwecke sind neue Steuern unerlässlich und das deutsche Volk ist sich dieser Notwendigkeit bewußt. Ohne Zweifel ist es Pflicht eines jeden, nach seinen Kräften zu den öffentlichen Lasten beizutragen. Ich behaupte, daß die minderbemittelten Volksschichten in Sachen der Steuer nicht zu kurz kommen. Auch die jetzige Finanzreform hat dieser Volksschichten gedacht. Die Gerechtigkeit verlangt, daß auch die Besitzenden zur Aufbringung der öffentlichen Lasten herangezogen werden, denn diese Leute haben an der Erhaltung des Staates mindestens ein ebenso großes Interesse wie andere Schichten. Als geeignete Steuer, um den Besitz zu treffen, erscheint mir doch die Erbschaftsteuer. Diese Steuer bezahlt nur der, der eine bestimmte Summe erbt, und wegen dieser Steuer wird der Familienfideiucum nicht geschädigt. Ich kann es heute noch nicht begreifen, weshalb das Zentrum gegen die Steuer stimmt, die angeführten Gründe nenne ich angutreffend. Ich nehme an, die Haltung des Zentrums wurde bestimmt, im Hinblick auf spätere Zeiten. Hat man eine Erbschaftsteuer, so muß man später, wenn das Reich wieder Geld braucht, dieselbe erhöhen und da könnte die Sache doch zu schlimm werden. Dieser Gedanke war zweifellos der wichtigste, welcher die Fraktion bestimmte, die Steuer abzulehnen. Dieser Standpunkt ist indes nicht der richtige, deshalb ist die Forderung nach einer kräftigen Besitzsteuer nur gerecht.“

Die Art und Weise, wie sich nun der „Beobachter“ um die unangenehme Zuschrift herumwindet, ist eine Musterleistung der Verdrehungskunst. Der „Beobachter“ meint nämlich:

In diesen Ausführungen befindet sich der große Irrtum, als wäre bei der Annahme mit dem Zentrum zustande gekommenen Steuer der Besitz nicht betroffen. Das ist aber total falsch. Die Erbschaftsteuer war nur ein Weg unter manchen anderen, der gegangen werden konnte, um den Besitz zu belasten. Das wurde selbst von linksliberaler Seite z. B. in den bei Hilger herausgegebenen Büchern über die Reichsfinanzreform ausdrücklich hervorgehoben. Richtig ist, daß die Erbschaftsteuer ein anderer Weg zur Belastung des Reiches gewesen ist, was tatsächlich nur zuzusetzen ist, 100 Millionen sogenannte Besitzsteuer auf den Besitz gelegt sind. Und außerdem sind unter den Verbrauchssteuern noch solche, welche lediglich den Besitz treffen; wir erinnern nur an die Schenkungssteuer, gegen welche die Sozialdemokraten auch dieselbe wieder gestimmt haben.

Kaschade ist, daß in dem vom schwarzblauen Schmeißelblock angenommenen Steuerbudget Besitzsteuern überhaupt nicht enthalten sind. Das, was die Waldmichel-Zornenliste in ihrer Berlegenheit jetzt gerne als „Besitzsteuern“ bezeichnen möchte, sind Verkehrssteuern, die bis zu einem gewissen Grade verteuert auf die allgemeinen Produktionskosten wirken werden. Das gesamte Steuerbudget läuft auf eine Blindierung der Volksmassen hinaus, der Besitz ist fast steuerfrei. Aber jetzt heißt es beim Zentrum:

dem Ausdruck der gespanntesten Erwartung auf ihn gerichteten, von der innern Erregung blaßes Gesicht, war ein sehr deutlicher Kommentar zu Helenens Worten.

Ist das alles, mein Fräulein?

Ja.

Ich gehe, Ihren Auftrag sofort und pünktlich auszurichten! sagte der Baron, sich verbeugend und mit, selbst für ihn ungewöhnlich langen Schritten den Saal verlassend. Unterdes hatte Oswald, nachdem Helene mit ihm gesprochen, sich zwecks in den Zimmern umhergetrieben. Es war seine Absicht gewesen, sogleich hinaufzugehen; der Gedanke, Bruno, wenn er wirklich, wie er hoffte, eingeschlagen sein sollte, nur zu stören; vielleicht der unbestimmte Wunsch, Helenen noch einmal zu sehen, und jene dunkle dämonische Macht, die den Menschen, unbekümmert um sein Wohl oder Wehe, seinem Schicksal entgegenreibt, ließen ihn nicht dazu kommen. Ohne kaum zu wissen, wie er dorthin geraten war, fand er sich plötzlich in einem Zimmer auf der andern Seite des Flurs, wo sich eine Menge Herren um einen großen Tisch drängten. Einige sahen die meisten standen. Herr von Barnewitz sah in der Mitte und hielt Bank. Er mußte viel Glück gehabt haben. Große Haufen von Gold- und Silbermünzen und Kassenscheinen lagen vor ihm und verneigten sich mit jedem Augenblick. Felix sah in seiner Nähe. Er deutete sehr eifrig, aber, wie es schien, nicht besonders glücklich. Sein Gesicht war stark gerötet, seine Hände mit Blut unterlaufen, die Adern auf seiner Stirn geschwellen. Er hörte wenig auf die Herren, die hinter ihm standen und von denen einige ihn noch aufzumuntern, andere zurückzuhalten zu wollen schienen. Oswald kam ihm zufällig gerade gegenüber zu stehen; Felix bemerkte ihn erst nach einiger Zeit; man hätte sehen können, daß von dem Augenblicke an seine Unruhe noch größer wurde; er trank ein Glas aus das andere aus der neben ihm stehenden Weinschale, und verdoppelte und verdreifachte seine Einsätze, ohne einen andern Erfolg, als daß er doppelt und dreifach so viel und so schnell verlor, als vorher.

(Fortsetzung folgt.)

Selbe, was helfen mag! Wie armelig, daß sich der „Beobachter“ an den 5 Millionen Schaumweinsteuer anklammert, die freilich von den Sozialdemokraten mitabgegeben wurden, weil sie überhaupt gegen das ganze Steuergeßel stimmten. Daß hingegen das Zentrum für 100 Millionen Biersteuer, 80 Millionen Branntweinsteuer, 43 Millionen Tabaksteuer, 37 Millionen Kaffee- und Teesteuer, 25 Millionen Zündholzsteuer und 20 Millionen Glühföhrpersteuer stimmte, davon wird kein Wort gesagt, dafür „war es am Platz“ — meint der „Beobachter“ — „die Erbanfallsteuer fahren zu lassen“.

Aber jetzt kommt ein anderer Zentrumsarbeiter, der angeblich „bei der Bahn in Ettlingen“ beschäftigt ist und schreibt dem „Beobachter“ einen anderen Brief, der ihm anscheinend besser gefällt, als wie der Brief des Ringtätlers. Der „Beobachter“ wird wohl gestatten, daß wir hinter die Erfindung dieses Briefes zunächst ein großes „Fragezeichen“ machen, denn es ist doch nicht gut anzunehmen, daß die von den Kaplänen eingetrichterten München-Gladbacher Sprüchlein gegen die Sozialdemokratie so sehr samt Jahrszahl zc., was drum und dran hängt. Es verlohnt sich nicht, diesem Geschreibsel ernsthaft entgegenzutreten. Der „Beobachter“ soll sich die Dummen erst suchen, die nicht mehr wissen als dieser „bei der Bahn in Ettlingen“ beschäftigte Zentrumsarbeiter. Was soll man z. B. gegen den alten, alten Kalauer sagen, die Sozialdemokratie hat gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung gestimmt. Gewiß hat sie das getan, und zwar aus dem Grund, weil ihr das Gesetz nicht weit genug ging. Dabei wird aber wohlweislich vom „Beobachter“ nicht hinzugefügt, daß am 24. Mai 1889 das Zentrum ebenfalls gegen das Invaliditätsgesetz gestimmt hat. Die Ausdehnung der Versicherung auf die Landarbeiter und der Reichszuschuß war ihm im Wege. Während also unsere Genossen gegen den Entwurf stimmten, weil nach ihrer Meinung für die Beiträge nicht geboten wurde, stimmte das Zentrum dagegen, weil das Gesetz schon zu viel bot. Später, nach Einführung von Verbesserungen, hat die Sozialdemokratie für die Gesetzestände gestimmt. Das steht freilich in dem München-Gladbacher Büchlein nicht drin, deshalb weiß es der „Zentrumsarbeiter aus Ettlingen“ auch nicht. Und daß der „Beobachter“ ihn darauf aufmerksam macht, kann man nicht gut verlangen.

Jedenfalls hat sich aber der „Beobachter“ überzeugt, daß der „Ringtätler“ schon aus einem anderen Holz geschnitten ist, wie der „Ettlinger“, da jener hinter den Schindeln der Zentrumspropaganda bereits gekommen ist und so wirds noch manchem katolischen Arbeiter geben, der bis jetzt in seiner Verblendung am Zentrumskarren gezogen hat. Wenn der „Ettlinger“ erst mal für das Glas Bier zum Weiser statt 10 — 15 Pf., für sein Schnäpsschen statt 5 — 10 Pf., für seine Zigarre statt 5 — 7 Pf., für die Schachtel Streichhölzer statt 2 — 4 Pf. zc. zc. bezahlen muß, wird er vielleicht auch zum Verstand kommen und wenn nicht — na, dann soll er sich in die „Bruderschaft vom schwarzen August“ in der Stefanskirche in Karlsruhe aufnehmen lassen.

Frag und Antwort

zwischen „Bad. Beobachter“ und „Landesbote“.

Gute Morge Landesbote! gute Morge Beobachter!

Beobachter: Was besch dem uffem Herze, daß so früh kummsch?

Landesbote: Nieber Beobachter, i möcht di doch e mol ebbs frage; ich des woher, in der Stadt sage sie, in der Stefanskirch ich e Zettel ang'schlage, wo druff steht, daß mer fürs Zentrum bette düht.

Beobachter: Was, o loß der doch kei schwarze Wäre uffbinde, so ebbs kummt doch nit vor.

Landesbote: Halt „Alterli“, i kann dir def aber ganz v'immig jage, i hab's selber g'lese.

Beobachter: Un wenn's au vorkomme wär, was wär do au dabi, für e gute Sach un Werdei, wie's Zentrum, kann me au bette, denn die hilft alle Litt, denn ihr Demo hent jo für jo ebbs kei Verstand, un überhaubt ich def kei allgemein's Gebett g'm, sondern blos funere Bruderschaft.

Landesbote: Ja, was ich denn def für e Bruderschaft g'm.

Beobachter: Def kann i dir selber nit sage.

Landesbote: So viel i erfahre habb, soll's glaubi der Wundhorstbund gweje sim.

Beobachter: O, mach kei Unsim; i weiß ganz genau, der Wundhorstbund ich's nit g'm; un überhaubt ich def kei Bruderschaft, fundern e bolschische Vereinigung uffem gute Wode zum Zentrum.

Landesbote: Ja dann sag's mer doch, was ich's für e Bruderschaft g'm.

Beobachter: Jetzt halt's Mul mit dinem dumme Schwätz, wenn's abolut wiße wißsch, so geh doch zum Pfarre von St. Stefan, vielicht kann der dir besser Auskunft gewen, un überhaubt, gib i dir gar kei Antwort me über so albernes Gered. Adje!

Landesbote: Adje, Beobachter, so jetzt binn i grad so g'heit wie vorher, wenn i widder eß wiße will, kumt i noch e mol zu dir!

Personalveränderungen.

Der Großherzog hat den stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, Wirkl. Geh. Rat Gustav Scheerer in Berlin, auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt, den stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, Geh. Oberregierungsrat Dr. Friedrich Kiefer, mit dem Wohnsitz in Berlin unter Verlassung seiner Stellung zum Ministerialdirektor und den kaiserlichen Geh. Regierungsrat im Reichschatenamt, Joseph Rheinboldt, zum Ministerialdirektor im Finanzministerium und stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat mit dem Wohnsitz in Berlin ernannt, ferner den Ministerialdirektor im Finanzministerium, Geh. Rat Paul Troger, zum Fort- und Domänen-Direktor, den Direktor der Staatsschuldenverwaltung, Geh. Rat Ludwig Göller, zum Ministerialdirektor im Finanzministerium und den Geh. Oberfinanzrat Otto Ballweg im Finanzministerium zum Direktor der Staatsschuldenverwaltung ernannt, sowie dem Geh. Finanzrat Emil Zimmermann bei der Steuer und der Zoll-Direktion unter Verleihung des Titels Ministerialrat die Stelle eines vortragenden Rats beim Finanzministerium übertragen.

Landtagskandidaturen.

Als Landtagskandidat für den 49. Kreis (Bfrozheim-Land), den seit 1901 unser Parteigenosse Reichstagsabge-

ordneter Eichhorn vertreten hat, wird von den National-liberalen sicherem Vernehmen nach der Gutspächter El-jäffer aufgestellt werden. Eljäger ist vor kurzem bei einer Nachwahl in den Bfrozheimer Bürgerausschuß mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei gewählt worden.

In einer in Diesesheim bei Redareiz abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung der freisinnigen Volkspartei des Wahlkreises Mosbach wurde einstimmig Hermann Sahnen, Kaufmann und Landwirt in Hüffenhardt als Landtagskandidat aufgestellt.

Ins Bretten schreibt man uns: Auf den Bericht im „Volksfreund“ über den Musikstreit ist zu bemerken, daß die Leitung des Kriegervereins über die Festsetzung des Preises keine Schuld trifft, sondern den Kapellmeister, der ohne Wissen der Musikanten einen zu niederen Preis anforderte. Somit ist das über den Kriegerverein Gesagte gegenstandslos.

Das bad. Ministerium des Innern über die Arbeitslosen-Versicherung.

Von Arbeiterssekretär A. Willi, Karlsruhe.

IV.

In dieser Allgemeinheit können wir diesen Satz als richtig nicht anerkennen. Es muß u. E. nach Möglichkeit dahin gestrebt werden, alle Kommunen zur Erfüllung einer sozialen Pflicht auf diesem Gebiete anzubahnen. Eine einseitige Belastung lediglich der größeren Städte würde für diese eine gar nicht wünschenswerte Ueberfüllung des Arbeitsmarktes an diesen und damit eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben.

Dann wird empfohlen, die gemeindlichen Einrichtungen zunächst auf die in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter zu beschränken und eine Erweiterung des Personentranges erst allmählich stattfinden zu lassen. — Wir sehen nicht ein, warum nicht auch die Arbeiter im Handelsgewerbe einbezogen werden sollen, ebenso die Handelsangestellten, wenigstens bis zu einer bestimmten Gehaltsklasse, da doch gerade auch diese sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und einer Fürsorge nicht minder bedürftig sind, als die übrigen Arbeiter.

Mit dem Satze, daß die Versicherung so eingerichtet ist, daß sie sowohl von nichtorganisierten als von organisierten Arbeitern benutzt werden kann, haben wir uns bereits einverstanden erklärt, ebenso kann man sich unter den jetzigen Verhältnissen mit der Anwendung zweier Systeme nebeneinander — dem Center System und der sogen. Stadt-Kölnischen Versicherung einverstanden erklären.

Einverstanden darf man auch damit sein, daß dahin gewirkt werden soll, daß an die Einrichtung zur Arbeitslosenfürsorge, welche die Hauptgemeinde eines Industriebezirks trifft, die umliegenden Gemeinden sich anschließen.

Für den Fall, daß die nichtorganisierten Arbeiter von der freiwilligen Versicherung nicht in dem öffentlichen Interesse wünschenswerten Umfang Gebrauch machen, wird in den Beiträgen vorgeschlagen, ein Gesetz zu erwägen, das die Gemeinden befugt, auf Grund eines Ortsstatuts obligatorische Arbeitslosenversicherung der ortseingewessenen Arbeiter einzuführen und hierfür Beiträge zu erheben. Auch dagegen dürfte von unserem Standpunkte aus nichts einzuwenden sein. Wohl liegt darin bis zu einem gewissen Grade wieder eine Ueberwälzung einer sozialen Pflicht auf die Arbeiter selber, aber wenn neben der Beitragsleistung der Arbeiter selber die Kommunen Zuschüsse leisten, so kann man den Vorstoß unter den heutigen Verhältnissen als Abzugszahlung akzeptieren.

Im letzten der Leitfäden wird dann gesagt: „Da das wichtigste Korrelat der Arbeitslosenversicherung darin besteht, daß der Arbeitslosigkeit vorgebeugt und den sich als arbeitslos meldenden Personen Beschäftigung nach- oder zugewiesen wird, so ist die Versicherung organisch aufs engste mit dem städtischen Arbeitsnachweis zu verbinden und mit diesem einheitlich zu leiten. Die städtischen Arbeitsnachweise sind tunlichst so zu gestalten, daß sie den gesamten Arbeitsmarkt beherrschen und in Fühlung mit andern Arbeitsnachweisen, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern und deren Organisationen den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen vermögen. Die Überleitung des städtischen Arbeitsnachweises, der städtischen Notstandsarbeiten und der Arbeitslosenversicherung ist in einer Hand zu vereinigen. Zu diesem Behufe sind die Arbeitsnachweise zu Arbeitsämtern auszubilden und umzugestalten.“

Dieser Vorstoß scheint uns durchaus praktisch zu sein, nur muß verlangt werden, daß die Arbeiter auf die Verwaltung dieser Einrichtung einen maßgebenden Einfluß eingeräumt bekommen. Die Rolle von Statisten unter einer bürokratischen Verwaltung müßte die Arbeiterschaft von vornherein ablehnen.

Nicht überflüssig erschiene uns eine Ergänzung der Leitfäden in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit in staatlichen und kommunalen Betrieben, Durchführung von Verkürzungen der Arbeitszeit in solchen Betrieben, statt der Entlassung von Arbeitern, Verschiebung der aufschiebenden Arbeiten auf die stille Zeit, vorzugsweise Beschäftigung einheimischer Arbeiter bei Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, Aufnahme solcher Bestimmungen in die Verträge der staatlichen und kommunalen Behörden mit den Unternehmern.

Auf Grund der Leitfäden stellt die Denkschrift 22 Fragen auf, die in der vom Ministerium einguberufenen Konferenz erörtert werden sollen. Verschiedene dieser Fragen, wie die für welche Gemeinden sich der Zusammenschluß mit benachbarten Gemeinden zu einem einheitlich geleiteten Verband empfiehlt oder wie hoch die Leistung der Gemeinde für das erste Jahr festzusetzen ist, was mit den etwa nicht verbrauchten Resten des kommunalen Jahreskredits geschehen soll, lassen sich u. E. nicht generell beantworten, eine Veräuflichung der manchmal recht verschiedenen Verhältnisse läßt sich hier nicht umgehen.

Hinsichtlich des Center Systems wird gefragt, ob alle arbeitslos werdenden Angehörigen einer Organisation Anspruch auf den kommunalen Zuschuß haben sollen oder ob Einschränkungen in Bezug auf ein Mindest- oder ein Höchstalter oder bezüglich einer bestimmten Dauer des Wohnsitzes für notwendig erachtet werden. Eine Einschränkung in Bezug auf die Festsetzung einer Altersgrenze kann unseren Verfall nicht finden. In Zeiten wirtschaftlichen Niederganges pflegt man gerade die älteren minderleistungsfähigen Arbeiter zuerst abzufeuern, sie befinden am schwersten wieder Beschäftigung, sie von einem bestimmten Alter ab von der Arbeitslosenfürsorge auszuschließen, wäre ein Unrecht und würde den Wert einer solchen Fürsorge ganz erheblich beeinträchtigen. Eine Einschränkung in Bezug auf eine bestimmte Dauer des Wohnsitzes könnte man eingehen,

aber angesichts der starken Fluktuation, wie sie gerade in den Krisenjahren einzutreten pflegt, darf dabei nicht zu weit gegangen werden. Die Bedingung eines vierteljährlichen Wohnsitzes würde ausreichen, um die Einrichtung vor der Belastung durch unlaute Elemente zu schützen.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 13. Juli.

Bei dem heute Nachmittag das Schwurgericht beschäftigten den Falle handelte es sich wiederum um eine Anklage wegen Brandstiftung. Der Angeeschuldigte war in dieser Sache der 26 Jahre alte, verheiratete

Bädermeister Ernst Hermann Kübler

aus Murr (Württemberg), hier wohnhaft. Die Leitung der Verhandlung lag in Händen des Landgerichtsrats Dr. Schuberger. Die Anklagebehörde wurde durch Gerichtsassessor Prug vertreten. Als Verteidiger war Rechtsanwalt Kemmer erschienen.

Nach der erhobenen Anklage hat Kübler am 11. Mai, nachts zwischen halb 12 und 12 Uhr in dem Hause Werderstr. 33 hier, in dem sich im Parterrestockwerke sein Geschäft befand, einen Brand gelegt, indem er im Badraume und in der Wohnung glühende Kohlen, die er aus dem Badofen geholt, auf die mit Petroleum besprengten Wänden warf, um dadurch das Haus in Brand zu setzen.

Der Angeeschuldigte bestritt, sich der Brandstiftung schuldig gemacht zu haben. Diese Erklärung war überraschend, denn im ganzen Verlaufe der Voruntersuchung hatte Kübler sich vollkommen geständig gezeigt. Es wurde von ihm sowohl bei seiner ersten Einberufung vor dem Amtsgericht, als auch bei einem Verhör vor dem Staatsanwalt und dann später bei der Einberufung durch den Untersuchungsrichter zugegeben, daß er den Brand gelegt habe. Der Angeklagte sagte damals aus, er habe eine Nordstut auf die Hauseigentümerin, die Bädermeisterin Heid, von der er das Geschäft abgemietet hatte, gehabt, weil sie ihn wegen Nichtbezahlung der Miete auf Räumung der Wohnung und des Ladens verklagt hatte. Um sich an der Frau Heid zu rächen, habe er deren Haus in Brand stecken wollen. Heute widerrief Kübler seine Geständnisse und behauptete, er sei durch Drohungen des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters zu denselben gezwungen worden.

Aus dem Verlaufe der Verhandlung war zu entnehmen, daß der Angeklagte im Jahre 1897 zu einem Bädermeister in Ludwigsburg in die Lehre kam. Er hielt seine Lehrzeit aber nicht aus, sondern lief nach 1 1/2 Jahren davon. An verschiedenen Orten arbeitete Kübler dann als Bädergehilfe; er war in Bfrozheim, Bröhlingen, Durlach, Steinmauern, Ettlingen und Karlsruhe. Hier machte er sich im November 1908 selbständig, nachdem er sich einige Monat zuvor verheiratet hatte. Er übernahm mietweise das Werderstraße 33 gelegene Bädergeschäft der Witwe Heid. Zwischen ihm und der Vermieterin kam es bald zu Zwistigkeiten, weil Kübler seinen Zahlungsverpflichtungen nicht pünktlich nachkam. Frau Heid nahm deshalb die Hilfe eines Anwalts in Anspruch, der die Angelegenheit regelte, jedoch ein erträgliches Verhältnis zwischen Mieter und Vermieterin wieder hergestellt wurde. Lang hielt aber dieses Einvernehmen nicht Stand, denn Kübler brach durch freitwilliges Weichen bald wieder den Frieden und unterließ es auch, die Geschäftsmiete, die vertragsgemäß monatlich zu bezahlen war, zu entrichten. Bei dieser Sachlage ließ Frau Heid durch ihren Anwalt Klage mit dem Antrage auf Räumung der Wohnung und Geschäftsräume erheben, was ihr nach dem abgehandelten Mietvertrage möglich war. Am 11. Mai erhielt Kübler die Klage zugehakt. Er geriet darüber in große Wut und beschloß, wie die Anklage annahm und wie von ihm auch früher gegeben wurde, sich an der Frau Heid zu rächen, indem er deren Haus in Brand steckte. Zu diesem Zwecke hatte der Angeklagte nach seinem in der Voruntersuchung abgelegten Geständnis am 11. Mai, nachts gegen 1/2 12 Uhr, aus seinem Badofen glühende Kohlen geholt und einen Teil derselben auf Säcke und Badbretter im Badraum gelegt, mit dem anderen Teile der Kohlen im vorderen Zimmer der Wohnung einen Schließer, den Zuhoden, einen Nachttisch und die in das zweite Zimmer führende Tür, nachdem er alles vorher mit Petroleum besprengt, zum Brennen gebracht. Außerdem machte der Angeklagte, wie er früher zugab, nachdem er sah, daß es brannte, sowohl im Badraum wie im vorderen Wohnzimmer den Gasbrenner auf in der Hoffnung, daß eine Gasexplosion entfesse, und begab sich dann in sein Schlafzimmer, um dort abzuwarten, was sich entwidete. Tatsache ist, daß es um die angegebene Zeit sowohl im Badraume wie in der Wohnung, an zwei ziemlich nebeneinander liegenden Stellen, brannte und ein Zweifel konnte auch darüber nicht bestehen, daß eine Brandstiftung vorlag. Der Brand im hinteren Teile des Geschäftes wurde von einem Bewohner des Hauses bemerkt und das Feuer in der Wohnung entdeckten Straßenpassanten. Nur dadurch, daß sie alsbald Feuerlärm machten und Hilfe herbeiholten, gelang es, das Feuer nach Herr zu werden und so ein großes Unglück zu verhüten. Der Brandschaden war kein bedeutender. Es entstand ein Gebäudeschaden von 300 M. und ein Fahrnißschaden von 40 M.

Die Geschworenen erachteten den Angeklagten der vorsätzlichen Brandstiftung im Sinne des § 306 R.St.G.B. schuldig und gaben in diesem Sinne ihren Wahrspruch ab. Das daraufhin erlassene Urteil lautete unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf

2 Jahre Zuchthaus

und 5 Jahre Ehrverlust.

5. Betrügerischer und einfacher Bankrott.

§ Karlsruhe, 14. Juli.

Unter dem Vorhabe des Landgerichtsrats Bonitzer gelangte am heutigen dritten Sitzungstage des Schwurgerichts die Anklage gegen den zuletzt hier wohnhaften Kaufmann

Karl Pannasch

aus Spremberg (Preußen) wegen betrügerischen und einfachen Bankrotts zur Verhandlung.

Der 45 Jahre alte, verheiratete Angeklagte war beschuldigt, daß er als Schuldner, über dessen Vermögen durch Beschluß des großh. Amtsgerichts Karlsruhe am 2. März 1909 das Konkursverfahren eröffnet wurde, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensstücke beiseite schaffte, indem er am 9. Januar d. J. mit einer Summe von mindestens 4000 M. von hier flüchtig ging.

Nach Verlesung der Anklage erklärte Pannasch auf Befragen des Präsidenten, daß er sich nicht schuldig fühlte. Er

gab dann bei seiner Einberufung an, daß er in Spremberg die Volksschule besucht hat und im Alter von 14 Jahren zu einem Anteil als Schäftemacher in die Lehre kam. Dort blieb er drei Jahre, um nachher einige Zeit in einem ähnlichen Geschäft als Schäftemacher zu arbeiten. Ein halbes Jahr später wurde Pannasch in Scheuern im Nassauischen Hilfslehrer an einer Anstalt für schwachsinrige Kinder. Dort erteilte er Unterricht im Rechnen und Schreiben. Die pädagogische Tätigkeit des Angeklagten war jedoch nicht von langer Dauer. Er gab sie schon nach etwa 9 Monaten auf, um zu seinem Metier als Schäftemacher zurückzukehren. Er arbeitete jetzt einige Monate in Westfalen und trat dann als Zuschneider in eine Schäftefabrik in München-Gladbach ein. Die gleiche Stelle bekleidete er nachher in einer Stadt im Rheinland und vom Frühjahr 1882 an in der Schäftefabrik noch in Karlsruhe. Hier gefiel es Pannasch recht gut, so daß er beschloß, auf die Dauer in der badischen Residenz seinen Wohnsitz zu nehmen. Im Jahre 1884 verheiratete er sich und gründete bald darnach eine eigene Schäftefabrik. Mit diesem Geschäft hatte der Angeklagte kein Glück, denn er geriet schon nach 1 Jahr in Konkurs. Seine damaligen Gläubiger mußten sich mit 20 Proz. begnügen. Um wieder in den Besitz des Geschäftes zu kommen, veranlaßte Pannasch einen Bekannten namens Göt, dasselbe aus dem Konkurs freihändig zu erwerben. Das geschah und das Geschäft ging nun in den Besitz der Frau Pannasch über, auf deren Namen es auch geführt wurde. Pannasch betrieb nun die Schäftefabrik einige Jahre mit ziemlich günstigem Erfolge in einem Hause in der Brunnenstraße, das Frau Pannasch käuflich erworben hatte. Im Jahre 1897 gab Pannasch die Fabrikation auf, um ein Handelsgeschäft mit Eiern und Früchten ins Leben zu rufen. Auf diesen Plan war der Angeklagte gekommen, weil eine seiner Verwandten durch ein derartiges Handelsgeschäft reich geworden war. Er hoffte, daß ihm dies auch gelingen würde. Zu Beginn des Jahres 1897 wurde das Früchte- und Eiergeschäft, zu dem später noch der Süßfrüchtehandel trat, im Hause Brühlstraße 50 eröffnet. Dieses Anwesen hat die Ehefrau Pannasch für 25 000 M. gekauft. Die Mittel dazu waren aus dem Gewinn, der aus dem Verkaufe des Hauses in der Brunnenstraße erzielt wurde, und aus einem Häuserpekulationsgewinn in Höhe von 7000 M. geflossen, welchen Pannasch durch den Bau und Verkauf zweier Häuser in Durlach gemacht hatte. Das neu gegründete Handelsgeschäft nahm einen guten Anfang und prosperierte mit den günstigsten Aussichten für die Zukunft. Es nahm bald einen solchen Aufschwung, daß Pannasch mehrere Filialen in hiesiger Stadt gründen konnte. Dem Angeklagten gewährte jedoch diese günstige Entwicklung nicht die volle Befriedigung; er wollte das Geschäft noch größer und kaufmännischer gestalten und suchte zu diesem Zwecke einen Teilhaber. Als solcher bot sich ihm einer seiner Lieferanten, der Biergroßhändler Laue in Mainz, an. Zwischen diesem und Pannasch kam auch ein Teilhaberverhältnis zustande, über das am 1. April 1907 ein Vertrag abgeschlossen wurde. Nach diesem Vertrage übernahm Laue die Rolle des stillen Teilhabers, der an dem Gewinne und Verluste des Geschäftes mit 50 Proz. partizipierte und sich zu einer Kapitalbeilage verpflichtete, die bis zu 10 000 M. unverzinst bleiben, dann mit 5 Proz. verzinst werden sollte. Als Sicherheit wurden dem Teilhaber Laue ein Hypothekeneintrag gegeben und die Geschäftseinrichtung als Eigentum übertragen. Nachdem Pannasch durch diesen Vertrag neue Mittel zur Verfügung standen, gestattete er das Geschäft noch weiter aus. Es brachte im Jahre 1907 einen Reingewinn von 6218 M. 70 Pf. Das Geschäft wies demnach zu Anfang 1908 einen günstigen Stand auf.

Zu Beginn des genannten Jahres trat aber ein Umsturz zum Ungünstigen ein. Pannasch wendete nicht mehr das frühere Interesse dem Geschäft zu, denn er widmete einen großen Teil seiner Zeit einem Liebesverhältnis, das er mit einer Verkäuferin namens Anna Fischer angeknüpft hatte. Er hatte das Mädchen hier kennen gelernt und es bestimmt, seine Stellung aufzugeben. Zuerst ging die Fischer nach Forzheim und dann nach Bruchsal, wo sie vollständig auf Kosten des Geliebten lebte. Pannasch ließ ihr dort eine Wohnung einrichten, was ihn 802 M. kostete. Er gab die Miete mit 400 M., gab der Fischer etwa 500 M. Taschengeld, kaufte ihr Lebensmittel und Kleider für 400 M., Schmutzfäden für 800 M. und bezahlte die Verpflegung für das Mädchen, als dasselbe im Sommer 1908 krank war und hier in zwei Kliniken behandelt werden mußte. Dazu kam, daß Pannasch die Geliebte sehr häufig in Bruchsal besuchte und mit ihr öfter größere Reisen unternahm. Einmal reiste er mit der Fischer nach Wangen, um einem Aufstiege des Grafen Zepelin beizuwohnen. Die Anlage nimmt an, daß die Liebhaft des Angeklagten in der Zeit vom März bis November d. J. 3258 M. gekostet hat. Die Frau und die drei Kinder brauchen in dieser Zeit für ihren Unterhalt wesentlich weniger.

Als der Teilhaber Laue, dessen Guthaben an das Geschäft nach und nach auf 40 330 M. gestiegen war, von der Liebhaft des Pannasch erfuhr, wies er im November d. J. den Gesellschaftsvertrag mit Pannasch, weil er sich sagte, daß derselbe das Geschäft immer mehr vernachlässigen werde. Zur Sicherheit ließ er sich auf das Haus in der Brühlstraße, das im August d. J. aus dem Besitze der Frau in den des Mannes übergegangen war, weitere Sicherheitseinträge geben und das gesamte Inventar wie die Fahrnisse als Eigentum übertragen.

Zu dem geschäftlichen Niedergange und den bedeutenden privaten Aufwendungen des Angeklagten traten auch aus Versicherungen herrührende Schäden. Sie beliefen sich außer den Ansprüchen des Laue Ende Januar auf 14 000 M. Es war also ein geschäftlicher Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten. Angesichts dieser Situation entschloß sich Pannasch zu fliehen. Nach seiner Behauptung wurde er zu diesem Schritte von der Fischer überredet. Er nahm am 9. Januar d. J. aus dem Kassenkassenschrank des Geschäftes 4000 M. und reiste nach am gleichen Tage in Begleitung seiner Geliebten ab. Zur Entnahme dieses Geldes hielt sich der Angeklagte, wie er behauptete, für berechtigt. Von den 4000 M. seien 1800 M. eigenes erspartes Geld gewesen, das er im Kassenkassenschrank aufbewahrt habe. Die übrigen 2200 M. habe er sich durch seine Arbeit verdient gehabt. Er wäre nie in die schwierige Lage gekommen, wenn ihn Laue nicht überredet hätte. Nach dem zuletzt abgeschlossenen Vertrage sei er nichts anderes mehr als der Hausknecht des Laue gewesen. Wie Laue mit ihm verfahren, gehe daraus hervor, daß er bei seiner Forderungsauffstellung auch einen größeren Posten einstellte für „Nerger und Verdruß“, die er mit dem Geschäft haben will.

Von hier aus reiste das Paar nach Cherbourg und von dort nach New-York. Ehe Pannasch Cherbourg verließ, richtete er einen Brief an seine Frau, in dem er sie um Verzeihung bat und ihr mitteilte, daß er, wenn ihm diese gewährt werde, zurück-

kehren wolle. Er ersuchte seine Frau ihm nach New-York postlagernd zu schreiben. Nachdem Pannasch und die Fischer einige Tage sich in New-York aufgehalten hatten, reisten sie nach Pittsburg zum Besuche einer Schwester der letzteren, der der Angeklagte als der Bräutigam vorgestellt wurde. Nach etwa 6 Wochen verließen beide den amerikanischen Boden und reisten nach Europa zurück. In Neapel erfolgte die Landung und von hier aus ging es nach Basel. Dort trennte sich das Liebespaar; während die Fischer sich wieder nach Karlsruhe begab, blieb Pannasch unter dem Namen Wenfer in der Schweiz. Inzwischen hatte eine briefliche und dann eine mündliche Aussprache zwischen den Eheleuten Pannasch stattgefunden, die zu einer Auslösung führte. Pannasch nahm in Luzern Wohnung und ließ sich die Briefe seiner Frau postlagernd nach Bern senden. Ende März wurde er auf dem dortigen Postamt verhaftet. Am 2. April erfolgte seine Auslieferung.

Um 1/2 Uhr erfolgte die Mittagspause.

Pannasch wurde zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kommunalpolitik.

Forzheim, 14. Juli. Der Bürgerausschuß hat in seiner Sitzung den Ankauf des Wendischer Hammerwerks für zwei Millionen Mark einstimmig beschlossen.

Hadlach i. R., 14. Juli. Gegenwärtig liegen die Listen zur Bürgerausschuhwahl auf und zwar bis einschließlich 17. d. M. Möge jeder sich überzeugen, ob er in der Liste eingetragen ist. In der Wirtschast von Rudolf A. P. liegt ebenfalls eine Liste. Hoffentlich gelingt es der Vereinigung der sozialdemokratischen Partei mit den bürgerlichen Demokraten, der bisherigen Zentrumswillkürherrschaft auf dem Rathaus ein Ende zu machen.

Säckingen, 14. Juli. Bei der gestrigen Erneuerungswahl in den Bürgerausschuß ging in der Klasse der Niederbischweizen die Zentrumsliste mit großer Mehrheit durch.

Gewerkschaftliches.

Aktion, Meißner! Die Arbeitgeber im Metzgergewerbe in Karlsruhe drohen mit einer großen Aussperrung. Den Beschäftigten soll ein Schreiben vorgelegt werden. Wenn sie dies nicht unterzeichnen, wird denselben gekündigt. Die großen Geschäfte müssen die Tarife kündigen. Meißnertrouee-Gesellen, ja sogar Meißner aus ganz Baden sollen sich als Arbeitskräfte bei der Aussperrung zur Verfügung stellen. Ueber Karlsruhe ist von der Organisation aus die Sperre verhängt. Arbeitserfreundliche Mäßer werden ersucht, dies abzuwenden. Die Gesellen müssen während der Bewegung Karlsruhe meiden. Die Ortsverwaltung des Verbandes der Fleischer Karlsruhe. J. U. R. Schneider, Vorsitzender.

Badische Chronik.

Rastatt.

— Unglücksfall. Gestern Nachmittag stürzte ein Dienstmädchen durch das Oberlicht eines Treppenhauses im 2. Stock, wobei die Bodenwerkste mit dem Hinterkopfe so unglücklich auf Steinplatten fiel, daß sie bewußlos ins Spital gebracht werden mußte.

Baden-Baden.

— Französischer Defektor. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete vorgestern einen Franzosen, angeblichen Chauffeur, der sich hier mit einer Frau umhertrieb, unter dem Verdachte der Spionage. Bei seiner Vernehmung stellte sich heraus, daß der Verhaftete vor einigen Wochen in Frankreich beim Militär desertiert war und sich jetzt in Baden herumtrieb hat.

Forzheim, 14. Juli. Selbstmord. Der 32 Jahre alte Tapeziermeister Ludwig Armbruster hat sich heute Nacht in seiner Werkstatt erhängt. Es scheint dies aus Geschäftsorgen geschehen zu sein, nachdem der noch ledige Mann in der letzten Zeit seinem früher gut gehenden Geschäft nicht mehr die rechte Sorgfalt gewidmet hat.

Wülfl, 14. Juli. Geborene Zentrumsräte. Vor einigen Monaten wurde an dieser Stelle mitgeteilt, daß der Direktor Unfug vom liberalen „Ager- und Bühler-Vote“ dadurch Unfug mit dem Gelde des Geschäftes trieb, daß er mehrere tausend Mark in seine Tasche verschwinden ließ. Dieser Befund sich dieser eifrige Agitator der Zentrumsparlei auf freiem Fuße. Jetzt teilt aber endlich der „Ager- und Bühler-Vote“ mit, daß die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit verfolgt und Unfug in eine stille Klause tat. Wie groß die unterschlagene Summe ist, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Ob er wohl mit dem unterschlagenen Gelde seinerzeit die verschiedenen Pilgerfahrten und Reisen betritt?

Gastlach, 14. Juli. Typhus. Wie der „Anzigtaler“ meldet, sind hier verschiedene Personen unter typhusähnlichen Erscheinungen erkrankt; bis jetzt sollen 6 Fälle festgestellt sein. Tafelheim (Amt Engen), 14. Juli. Ein bedauerliches Verlorenmisse ereignete sich am letzten Sonntag hier. Die Frau des Richard Schmid wollte mit einem Holzstiel nach ihrem jüngeren Bruder, der sie ärgerte, werfen. Unglücklicherweise traf die Mutter anstatt den erwähnten Knaben ein 1 1/2 Jahre altes Kind den Kopf, daß dasselbe trotz sofortiger ärztlicher Hilfe nach zwei Stunden starb.

Werrach-Steuten, 14. Juli. Unglücksfall. In der Gießerei Wähler trat ein junger Mann, der im Späthjahr zum Militär einrücken sollte, in flüssiges Eisen und hat sich dabei den Fuß derart verbrannt, daß Gefahr besteht, den Fuß abnehmen zu müssen.

Wülfl, 14. Juli. Vom Hochwasser. Gestern Mittag erlitt der Reimbachdamm, der etwa 25 Meter vom Rheinbamm entfernt und niedriger ist, einen Bruch. Das Wasser riß auf circa 20 Meter Länge das aufgedammte Erdreich fort, überschwemmte die sogenannte Binger Wiesen und strömte nach westlichem Weg wieder dem Rhein zu. Der Dammbruch dürfte infolge Rücktaunung erfolgt sein, außerdem war in der Nähe der Bruchstelle der Boden von Ziegeleien ausgebeutet worden.

Aus Freiburg.

Freiburg, 15. Juli. — Abiturientenprüfung. Am Verhuldsgymnasium fand Montag und Dienstag die Reifeprüfung unter dem Vorsitz von Geh. Rat Dr. Wagner statt, die alle Kandidaten, über 40 an der Zahl, glücklich bestanden haben.

Aus der Residenz.

Karlstraße, 15. Juli. Bürgerausschuhstzung vom 14. Juli 1909.

Die viereinhalbstündige Sitzung verlief recht interessant. Aber der Stadtrat hatte mit seinen Vorlagen nicht durchgängig Glück. Die 1. und 2. Vorlage wurden zurückgestellt, die Vorlage unter Punkt 7 erfuhr Ablehnung. Die Debatte stand durchgehends auf hohem Niveau; sie wuchs sich zu größeren allgemeinen Gesichtspunkten, insbesondere bei Punkt 5, aus, nachdem Stadtd. Weich in der bekannten geschickten Weise den agrarisch-konserverbunden Standpunkt vertreten hatte. Es wurde ihm nichts geschenkt und man merkte, daß die Erregung über die Steuerfrage der konservativ-liberalen Reichstagsmehrheit eine recht große war. — Im übrigen verweisen wir auf den nachstehenden Bericht.

- Tagesordnung:
1. Abänderung des Ortsstatuts über das Bestattungswesen.
 2. Errichtung einer Anlage zur Befehung von Hochrechnen beim Krematorium und Erlassung von Bestimmungen über die Befehungsanlage beim Krematorium.
 3. Geländeverwertung zur Herstellung der Altkaserstraße.
 4. Herstellung eines Speiseabfalls für die Straßenbahn vom städtischen Elektrizitätswerk bis zum Mühlburger Wer.
 5. Verkauf von Gelände am Rheinbaben.
 6. Fortführung der städtischen Gasleitung nach den Stadtteilen Grünwinkel, Rintheim und Rappert aus nach Gagsfeld.
 7. Vertrag mit der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft über die Versorgung von Nachbargemeinden mit Gas.
 8. Dienstvertrag mit dem 3. Bürgermeister.
 9. Verlobung der 1908er Rechnung der städtischen Spar- und Pflandleikasse und der Schulsparkasse.

Die Präsenzliste ergab 90 Anwesende. Ein Geschäftsordnungsantrag, in Zukunft über die Verhandlungen des Bürgerausschusses einen stenographischen Bericht herauszugeben, wurde von dem Stadtd. Wolf begründet. Stadtd. Gen. Weismann unterstützt die Tendenz des Antrages. Man sollte einige Tage nach den Sitzungen den Zeitungen einen stenographischen Bericht über die Verhandlungen kostenlos beilegen. Stadtd. Dr. Bing ist dagegen. Der jetzige Zustand genüge vollkommen. Man könnte höchstens erwägen, in welcher Weise eine Befragung geschaffen werden kann. Stadtd. Stelzer hält es für wünschenswert, daß von 80 Worten, die ein Redner spricht, mindestens 10 wahr sein sollten. (Heiterkeit.) Stadtd. Wolf zieht darauf den Antrag zurück, wünscht aber, daß derselbe im Stadtrat in Erwägung gezogen wird.

Zum 1. Punkt lag eine Eingabe der Friedhofgärtner vor, die wünscht, daß durch die beabsichtigte Neuordnung deren Interessen nicht beeinträchtigt werden. Als Berichterstatter über diesen Punkt wies Stadtd. Müllinger darauf hin, daß die Stadt erhebliche Zuschüsse leisten mußte, weil sie im letzten Berichtsjahr von 750 Bestattungen nach der 3. Klasse in 440 Fällen die teilweise Bestattungswahl nach der 2. Klasse aus Stadtkosten gewährt hatte. Ferner soll nun aus auch für den Stadteil Mühlburg die Bestattung nach den städtischen Vorschriften geregelt werden, nachdem die Beichenhalle in Mühlburg ausgebaut und vergrößert worden ist. Der § 86, der die Grabpflege regeln will, beabsichtigt nicht, die Grabpflege vollkommen in eigene Regie zu nehmen, die Stadt wolle nur die Kontrolle über die Grabpflege haben.

Stadtd. Gen. Will begründet einen Antrag, die Vorlagen der Punkte 1 und 2 an eine gemischte Kommission von 9 Mitgliedern zu verweisen. Die Auffassung, daß eine Erhöhung der Taxen aus dem Stadtverordnetenkollegium heraus gewünscht wird, ist nicht richtig. Der Wunsch der sozialdem. Fraktion ist jedenfalls, sobald wie möglich die obligatorische unentgeltliche Bestattung einzuführen. Ferner ist zu wünschen, daß eine Vereinfachung des ganzen Bestattungswesens eingeführt wird, damit nur eine Anmeldung auf dem Standesamt notwendig ist und man bei einer Anmeldung nicht mehr formale Gänge machen muß. Redner hebt die meisten Bedenken gegen die beabsichtigte Gestaltung der Taxen. Nach der jetzigen Lage sollte eine Bestattung nach der 3. Klasse 30 Mk. und bei den bis jetzt geübten Vergünstigungen nach der 2. Klasse ca. 40 Mk. Von nun an soll eine Bestattung nach der 2. Klasse nur noch 90 Mk. kosten. Durch diese Erhöhung würden nicht nur viele Arbeiter, sondern auch eine große Anzahl anderer Beamten und kleiner Geschäftsleute betroffen werden. Wir wollen zurzeit unseren prinzipiellen Standpunkt, die unentgeltliche Bestattung einzuführen, nicht unter allen Umständen betonen, sondern wollen den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragen. Es ist jedenfalls notwendig, daß man die Vorlage nochmals gründlich in der Kommission durchberaet. Von den Stadtd. Bad, Frey, Finl, Dr. Bing, Stewog, Karl Oberle, Stelzer und Edelmann wurde der Antrag unterstützt. Nur Stadtd. Dewert ist dagegen. Der Antrag wurde angenommen.

Punkt 3 wurde nach einer kurzen Empfehlung des Berichterstatters Stadtd. Etlinger einstimmig angenommen.

Punkt 4 wurde durch den Berichterstatter Stadtd. Bergmann zur Annahme empfohlen. Stadtd. Gen. Sauer gab die Erklärung ab, daß die sozialdem. Fraktion der Vorlage zustimmt. Es muß allerdings überraschen, daß jetzt wieder eine Umformanlage notwendig wird. Trotzdem ist aber der Satz, in welchem dem früheren Straßenbahndirektor eine Schuld zugesprochen wird, nicht gutaussehend. Wünschenswert wäre es, wenn die beiden Institute Elektrizitätswerk und Straßenbahn mehr zusammenarbeiten würden.

Punkt 5: Berichterstatter Stadtd. Pfeifer empfiehlt, der Geländeveräußerung bei einem Minimalpreis von 10 Mk. pro Quadratmeter zuzustimmen. Stadtd. Gen. Weismann ist der Meinung, man sollte nicht so leichten Herzens den ersten Schritt zur Abgabe des Besitzrechtes der Stadt machen. Wenn die Vorlage damit begründet ist, daß eventuell Arbeiterwohnhäuser für den industriellen Betrieb notwendig werden, so sollte man doppelt ernste Bedenken haben. Es ist heute nicht mehr zeitgemäß, Arbeiterhäuser von Fabriken zu bauen, da dadurch der Arbeiter in ein Verhältnisseverhältnis zum Arbeitgeber kommt. Der Arbeiter soll gut bezahlt werden und wohnen können, wo er Lust hat. Jedenfalls sollte die Stadt unter allen Umständen verhindern, daß das Gelände der Spekulation überlassen wird und um das zu verhindern, sollten geeignete Maßnahmen getroffen werden. Es soll der Bürgerausschuß das

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Unterhaltungsschrift zum Aus allen Gebieten. Punkt und wissenswert.

lehte Wort in dieser Sache zu sprechen haben. Wenn die sozialdemokratische Fraktion trotz ihrer Bedenken der Vorlage zustimmt, so deshalb, weil wir die Hand dazu bieten wollen, daß mehr Industrie nach Karlsruhe kommt, die heute das Rückgrat der Stadt bildet. Der Minimalpreis von 10 Mk. pro Quadratmeter ist jedenfalls ein billiger; unter dem sollten die Gelände nicht abgegeben werden.

Stadtv. Finz würde es lieber sehen, wenn kein Gelände verkauft würde; man sollte bei dem Prinzip der Vermietung bleiben. Keinesfalls sollte man sich bei Verkäufen auf einen bestimmten Minimalpreis festlegen, sondern dem Stadtrat von Fall zu Fall plain pouvoir geben. Stadtv. Weiß meint, im allgemeinen sei es zu begrüßen, wenn durch die Industrie die Städte wachsen. Wir aber sollten unter keinen Umständen Gelände für industrielle Zwecke abgeben. Denn durch die Verdrängung von Industrie werden auch gleichzeitig Leute mit herbeigezogen, die zu den öffentlichen Lasten nicht in dem Verhältnis beitragen, was für sie aufgewendet werden muß. Es sei ja schon, Großstadt zu sein, aber das hat auch seine Nachteile.

Die Ausführungen des Stadtv. Weiß rufen scharfsten Widerspruch hervor. dem die Stadtv. Ernst, Frey, Fröhlich, Weismann, Dr. Bielefeld und zum Teil auch Oberbürgermeister Siegrist Ausdruck verleihen. Gegen diese Auseinandersetzung wendet sich Stadtv. Bergmann, der es beklagt, daß man von konservativ-merkantilen Wehrheiten gesprochen hat. Darauf erwidert Gen. Will, das sei im Hinblick auf die reaktionären Ansichten des Stadtv. Weiß notwendig gewesen. Stadtv. Moninger wünscht, daß das Vetorecht des Bürgerausschusses beim Verkauf von Rheinufer-Gelände bestehen bleibe. Oberbürgermeister Siegrist plädiert dafür, vorläufig auf eine bestimmte Zeit dem Stadtrat das Verkaufsrecht für das Gelände zu übertragen. — Schließlich wurde die Vorlage gegen die Stimme des Stadtv. Weiß einstimmig angenommen.

Punkt 6: Stadtv. Gen. Philipp bittet, die durch die Vorlage notwendig werdenden Arbeiten bald in Angriff zu nehmen und die Klausel in den Vertrag aufzunehmen, daß nur Arbeiter von Karlsruhe und der nächsten Umgebung beschäftigt werden dürfen. Die Firma Großfingering von Offenburg, die zurzeit für die Stadt Karlsruhe Tiefbauarbeiten ausführt, habe die deutschen Arbeiter entlassen und arbeite jetzt nur mit Italienern. Das sei unerhört. Die Geschäftswelt habe doch ebenfalls ein Interesse daran, daß hiesige Arbeiter Lohn und Brot haben und nicht die bedürftigen Italiener. Er bitte dringend, seiner Anregung Folge zu geben. Die Beschäftigung der einheimischen Arbeiter dürfe nicht nur auf dem Papier stehen.

Oberbürgermeister Siegrist erklärt, er habe von der Einstellung von Italienern durch die Firma Großfingering nichts gewußt. Er werde Abhilfe schaffen. Stadtv. Gen. Mah-Müppurr bittet, an den Bahnübergängen der Bauer- und Hedwigstraße in Müppurr Laternen anzubringen. — Dem Wunsch soll, wie der Oberbürgermeister bemerkt, Rechnung getragen werden. — Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Punkt 7: Ein Antrag verschiedener Stadtbewohner, wie Bloch, Frey, Stevogt, verlangt Zurückstellung der Vorlage. Die Stadt Karlsruhe solle den beteiligten Gemeinden das Gas direkt liefern. Stadtv. Frey begründet diesen Antrag und kritisiert eine Anzahl Paragrafen; wir dürfen uns nicht auf 80 Jahre binden. Die Gasinstrumenten dürften auch durch die

Gesellschaft nicht ausgebeutet werden. — Den Bedenken schließt sich in fast allen Punkten Gen. Müdert für die sozialdem. Fraktion an. Es muß nicht ein Zwischenhändler zwischen der Stadt Karlsruhe und der Damag stehen. Hat die letztere keinen Vorteil, führt sie nicht aus. Die Stadt würde kein schlechtes Geschäft machen. Auf dem Lande übrigens ist das Geld für das Gas ebenso einzuziehen, wie in der Stadt. Besondere Sorgfalt muß dem Absatzgebiet für unser künftiges Abfall-Elektrizitätswerk zugewendet werden. Warum sollen nur die Arbeiter des Nordens durch die Stadt mit Gas versorgt werden und nicht die Südlischen? Dem Antrage Frey werden wir zustimmen. Die Berechnung ist zu knapp aufgestellt. Man sollte auch bedenken, daß hiesige Unternehmer an dem Bau der Anlage durch die Stadt ein wirtschaftliches Interesse haben, denn die Damag bringt ihre eigenen Materialien und Werkzeuge mit. Oberbürgermeister Siegrist: Die Damag hat eben ihre Konzession mit Dumerheim, da können wir nichts dagegen machen. Eine andere Möglichkeit, wie sie die Vorlage ergibt, gibt es nicht. Die Bedenken Müderts wegen der Selbstlieferung der Damag für ihre Materialien ist berechtigt. Auch Stadtv. Wod wendet sich gegen die Vorlage. — Sie wird durch Mehrheitsbeschluss abgelehnt.

Punkt 8 wird ohne Debatte genehmigt. Schluß der Sitzung um 1/10 Uhr.

Waldfest der sozialdem. Partei.

Wenn das schöne Wetter anhält, findet das schon längst geplante Waldfest am nächsten Sonntag, 18. Juli, im Hardtwald, hinter der Grenadierkaserne, statt.

Chefredakteur Albert Herzog

ist am Dienstag Nachmittag aus dem Landesgefängnis Freiburg entlassen worden. Er hat dortselbst 4 Monate verbracht. Bekanntlich war Herzog zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, ist aber am 13. Juli begnadigt worden.

* Auch in Karlsruhe angebracht. Am 1. August tritt in Nürnberg eine Verordnung in Kraft, welche die Kleiderstücke auf der Straße verbietet.

* Diebstahl. Von Ende Mai bis 12. ds. Mts. wurden einem Wirt in der Kronenstraße mittels Nachschlüssel Kleider und Schuhe im Werte von 122 Mk. gestohlen.

Wetterbericht.

Das über Spanien liegende barometrische Maximum verbreitet sich immer mehr nach Zentral- und Südeuropa, jedoch ist die Luftdruckverteilung immer noch unregelmäßig, indem verschiedene Randgebilde der über Nordost- und Nordwesteuropa liegenden Depression sich geltend machen. Die Depression über Finnland zieht langsam gegen Nordosten ab. Das über dem nordwestlichen Meere liegende Tiefdruckgebiet hat sich gegen Schottland ausgedehnt. — Voraussichtliche Witterung: Unbeständig, wechselnde Bewölkung, lokale Gewitter und Strichregen, Wärme.

Das zuverlässigste Barometer ist zweifellos — Zeppe-Lins Luftschiff. Steigt es, dann ist das Wetter ruhig und schön, bleibt es unten, dann regnet's und stürmt's.

Neues vom Tage.

Versorgte Polizeispittel.

Berlin, 14. Juli. Der Polizeispittel Harting-Landeseisen, der sich seit einigen Tagen hier aufhielt und mit der Beheimpoltze konferierte, ist nach London abgereist. Er erhielt eine Pension von 5000 Rubel zugesichert und wird sich von London nach Südamerika begeben.

Schreckliches Unglück.

Berlin, 14. Juli. Wie die Mäcker melden, ist im Laboratorium der Rapiden-Altkriegsgesellschaft in Birkenwerder, die Explosionsfabrikate für Benzin herstellt, gestern ein schreckliches Explosionsunglück dadurch herbeigeführt worden, daß der Direktor Steinhard, der im Begriff war, mit einem Sauerstoffapparat zu experimentieren, versehentlich ein Ventil öffnete und erschroden die Flasche fallen ließ. In demselben Augenblick erfolgte eine heftige Detonation und plötzlich war der ganze Raum mit Stachlammen erfüllt. Direktor Steinhard, seine bei ihm zu Besuch weilende Braut Erna Wilgel aus Hamburg und sein dreijähriger Neffe haben am ganzen Oberkörper fürchterliche Brandwunden davongetragen. Bei Direktor Steinhard war die Haut fast völlig verätzt. Mit möglichster Eile erfolgte nach Anlegung von Notverbänden die Überführung in die königliche Klinik nach Berlin.

Explosion.

Sudapest, 14. Juli. Am Fester Brändelkopf erfolgte gestern Abend infolge Kurzschlusses im Dampfmaschinen der Elektrizitätsleitung eine gewaltige Explosion, die den Schacht völlig zerstörte. Verletzt wurde niemand.

Von der Luftschiffahrt.

Bitterfeld, 14. Juli. Der Aufstieg des „Parabel 8“ ist heute infolge des starken Westwindes abermals verschoben worden. Der Ballon bleibt flugbereit, da ein halbes Pfund des Windes erwartet wird.

Orleans, 14. Juli. Der Luftschiffer Meriot hat gestern in 45 Minuten eine Strecke von 40 Kilometer mit seinem Aeroplan zurückgelegt und hierdurch den Flug de Bohage von 14 000 Pes. errungen.

Rosen, 14. Juli. Heute früh trat der Fabrikbesitzer Gumnior mit seiner Gattin die Hochzeitsreise in dem Freizeitschiff „Rosen“ in Gegenwart zahlreicher Zuschauer an. Der Ballon entführte die Hochzeitsreisenden in der Richtung nach Nordost.

Mech, 15. Juli. Das Reichsluftschiff „S. 1“ ist gestern Abend 9 Uhr 15 Min. zu einer kurzen Fahrt aufgestiegen. Das Luftschiff flog im Vogen bis nach Mech. Das Manöver fand vor dem Generalleutnant von Lyuder statt und wurde von Verkehrsgruppen ausgeführt. Aufstieg und Landung gingen ganz vor sich. Heute früh ist eine längere Fahrt geplant.

Briefkasten der Redaktion.

D. Sch. Ja, gewiß. Schöpfheim. Brief eingetroffen, wird besorgt. Helmheim. Das Buch führt den Titel: „Der historische Wackerkismus“. Verfasser ist der Genosse Gortz. Sie können das Werkchen durch die Buchhandlung des „Volksfreund“ beziehen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Donnerstag, abends Punkt 1/2 Uhr, Singstunde; 1/10 Uhr Mitgliederversammlung, wozu besonders die passiven Mitglieder freundlichst einladet. 3616 Der Vorstand. Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangverein Wanderbund.) Morgen Freitag Abend 1/2 Uhr Generalprobe im großen Saale der „S Linden“ in Mühlburg. Es ist unbedingt dollgähiges Erscheinen nötig, da auch die letzten Festbücher vom „Vorwärts“ ausgegeben werden. 3624

Geschäftliches.

Wenn Sie wirklich billig kaufen wollen, decken Sie Ihren Bedarf in der Schuh- und Kleiderhalle M. David Ecke Krieg- und Kronenstrasse. 3243

Städt. Vierordtbad Kohlen säurebäder und elegante Wannensäuerbäder. I., II. und III. Klasse. Für Damen und Herren geöffnet: Werktagvormittags 7-1 Uhr, nachmittags 1/3-1/2 Uhr, und Sonntags vormittags 7-12 Uhr. 1956

Lederhandlung Mühlburg Großes Lager in Sohlleder und Sohlenanschnitt, sowie Schuhmacherbedarfartikel. Eduard Frisch, Rheinstr. 34 b. Rudolfstr. 7, 5. Et. l. ist ein möbl. Zimmer sofort zu vermieten. Sofa, gut erhaltenes, billig zu verkaufen. Hermannstr. 6. Damen- u. Kinderkleider werden billig angefertigt Schützenstraße 62, 3. Et.

Abchlag! Heute eingetroffen: 1 Waggon Neue Pfäzer Zwiebeln per Hfd. 8 Pf. 10 Hfd. 75 Pf. 100 Hfd. 7 Mt. empfohlen 3627 Pfannkuch & Co. G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

frisch eingetroffen: 1 Waggon italien. Obst Neue Pflanzen Pfund 22 Pf. Neue Äpfel Pfund 20 Pf. Neue Birnen Pfund 25 Pf. Neue Tomaten Pfund 20 Pf. ferner ff. westind. Bananen Pfund 30 Pf. Morgen rintreffend ff. holl. Gurken per 18, 22, 25 Pf. empfehlen 3628 Pfannkuch & Co. G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Sax Mein Sommer-Inventur-Verkauf danort bis incl. 20. ds. Mts. und 8592 übertrifft alles Dargebotene. Ueberzeugen Sie sich bitte! Schuhhaus Jacob Sax. Sax

Bekanntmachung. Nr. A. 4862. Aus dem Zinsenertragnis der Bankier Eduard Koelle-Stiftung für das Jahr 1909 soll nach Vorschrift des Stifters einem mittellosen, aber braven und fleißigen Schüler des Gymnasiums aus hiesiger Stadt bei seinem Abgang auf die Unterstufe eine einmalige Unterstützung, oder einem mittellosen, aber braven und fleißigen Polytechniker aus hiesiger Stadt, wenn er das Polytechnikum absolviert hat, eine solche Unterstützung, oder einem mittellosen, aber braven und fleißigen Handelsbesessenen aus hiesiger Stadt, wenn er seine Lehre bestanden und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, oder einem mittellosen, aber braven und fleißigen Kunstbesessenen aus hiesiger Stadt, wenn er seine Studien hier vollendet hat, eine solche Unterstützung als Beisteuer zu seiner weiteren Ausbildung zuerkannt werden. 3619 Bewerbungen um ein Stipendium sind bis zum 5. September ds. Js. unter Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse der Bewerber bei uns einzureichen. Karlsruhe, den 12. Juli 1909. Bürgermeisteramt: Dr. Hortmann. Reudel.

Grosser Spiegel neu, mit geschliff. Glas u. breit. schönem Rahmen mit Aufsatz für nur 3 Mk. zu verkaufen. 3601 Herrenstr. 6, 2. Hb. Bekanntmachung. Im Hundeswinger des Städt. Wajenmeisters, Schlachthausstraße 17, (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befindet sich nachstehender herrenloser Hund 1 gelber Schnauzer (weißl.) Derselbe wird, falls er nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt wird, getötet bezw. versteigert. Karlsruhe, den 13. Juli 1909. Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion. 3611

Soziald. Partei Karlsruhe.

Am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 1/2 3 Uhr, im Hardt-Wald, hinter der Grenadierkaserne unter Mitwirkung der Arbeitergesangsvereine,

Großes Waldfest

verbunden mit Musik, Gesang, Glücksrad, Preisregeln, Preisschießen usw.

Kinderspiele.

Wir laden hierzu die Parteigenossen von Karlsruhe und Umgebung, sowie die Mitglieder der Gewerkschaften, der Arbeitergesangs-, Turn- und Radsfahrvereine nebst ihren Familienangehörigen höflich ein, und bitten zugleich um einen zahlreichen Besuch.

Für gute Speisen und Getränke ist reichlich Sorge getragen.

Wir eruchen unsere Mitglieder, sowie die Mitglieder der eingeladenen Vereine ihre Mitgliedsbücher bzw. Karten mitzubringen.

Der Vorstand der soziald. Partei.

Eine wirkliche Prachtswäsche

erhält jede Hausfrau beim ständigen Gebrauch von Flammer's Seife und Flammer's Seifenpulver; die Schönheit und Reinheit der Wäsche befriedigt die höchsten Anforderungen. Das staunen-erregende Reinigungsvermögen dieser Waschmittel macht das Bleichen der Wäsche entbehrlich, das Waschen selbst geht leicht und mühelos vor sich, die Wäsche wird garantiert nicht angegriffen.

2902



Freie Turnerschaft Karlsruhe

Sonntag, den 18. Juli im „Burghof“-Garten

Grosses Garten-Fest

Konzert, Preisschiessen, Plattenwerfen, Glücksrad, Kinderspiele

Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder nebst wertigen Angehörigen freundlichst ein und erwarten recht zahlreichen Besuch. 3618 Der Turnrat.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Zahlstelle Karlsruhe und Umgebung.

Sonntag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, findet im roten Saale zu den „drei Linden“ in Mühlburg unser

10jähriges Stiftungsfest

statt mit Musik, komischen Vorträgen der Herren Staud und Stork, sowie Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Bruderverbund“ und darauffolgendem Tanz.

Eintritt für Damen 20 Pfg., für Herren 30 Pfg. Hierzu sind die Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Gönner und Freunde des Verbandes freundlichst eingeladen und hoffen auf zahlreichen Besuch.

Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern und Kassierern, sowie abends am Saaleingang erhältlich. 3578

Der Vorstand.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Am Sonntag, den 18. Juli folgt der Klub einer Einladung zur Besichtigung der Anstalt in Wiesloch. Die Abreise findet vom Hauptbahnhof um 12.10 Uhr mittags statt. Von Wiesloch aus wird dann die Fahrt nach Heidelberg fortgesetzt. Fahrkosten hin und zurück etwa 2 Mk. — Da nur eine begrenzte Anzahl die Anstalt besichtigen kann, so wird jedes Mitglied, das teilzunehmen wünscht, ersucht, hiervon dem 1. Schriftführer, Herrn Schreiner Mecker, Rutilgasse 22, bis spätestens Samstag Abend Mitteilung zu machen. 3622

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch Auf“, Ettlingen.

Der Verein begeht am Sonntag, den 18. Juli 1909, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zur Sonne sein



5. Stiftungsfest,

verbunden mit Preisregeln, Glücksrad, Konzert, Gesangsvorträge und abends Ball, wozu wir die verehrlichen Arbeitervereine, sowie auswärtigen Sportskollegen freundlichst einladen

Der Vorstand.



Christoph Schöninger, Pferde-Schlächtereier,

Karlsruhe i. B., Fasanenstr. 17, Teleph. 1763, kauft jederzeit 3609

Schlacht = Pferde.

Alona
fahrräder
u. Zubehörsartikel enorm billig.
Kataloge gratis. Vertreter ge-
sucht. Fahrradhaus Wiehre
Freiburg i. B. G.

Freie Turnerschaft Freiburg.

Sonntag, den 18. Juli 1909, im Schwimmbadgarten, bei ungünstiger Witterung am 25. Juli

10jähriges Stiftungsfest.

Programm.

Morgens von halb 10 bis 11 Uhr:

Schau-Turnen.

Von 11 bis halb 1 Uhr:

Frühschoppen-Konzert.

Nachmittags von 3 Uhr ab:

Garten-Fest

verbunden mit turnerischen Aufführungen und Gesang (Gesangsverein Freundschaft), Preisschiessen, Schreibenschießen, Ballwerfen und Kinderbelustigung.

Abends: 3539

Pyramiden mit bengal. Beleuchtung, italien. Nacht mit Fall. Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. à Person

Achtung! Achtung!

demjenigen Verkaufsladen am Platz, in dem sich äußerst günstige Gelegenheit bietet billig einzukaufen. Mein Lager besteht aus 3533

Herren- u. Damenwäsche, Schürzen, Strümpfe, Socken, Gürtel, Hosenträger, Herren- und Damenstrümpfen, Herren-, Damen- und Kinderschuh.

- Ich verkaufe u. a.:
- 3 Paar Herren-Socken nur 1.— Mk.
- 2 Bignonia-Socken 1.— „
- 2 Damenstrümpfe aus Amerikaner gewirtem Garn 1.— „
- 1 reinwollene Damenstrümpfe 1.20 „
- 1 Waco-Damenstrümpfe 1.— „
- 1 Herren-Hemd, Normal und Halbweite 1.50 „
- 1 Herren-Waeco-Hemd 2.— „
- 1 porzieses Hemd 2.— „
- 1 porzieses Herren-Hose 1.50 „
- 1 Hemd mit Brusttasche, Prima-Qualität 3.— „

Es liegt daher im eigenen Interesse des kaufenden Publikums, sich von der Billigkeit und Realität meines Angebotes zu überzeugen, bevor es derartige Einkäufe in diesen Gebrauchsgüterläden macht. Mein Laden befindet sich nur noch eine kurze Zeit

beim Waldstrasse 14 Colosseum

Gratis! Umsonst! Geschenk!

Beim Einkauf von Schuhwaren erhält jeder Kunde auf Wunsch

Ein Original-Diabollo-Spiel

der „Deutschen Diabollo-Gesellschaft“

Nur solange Vorrat reicht!

und zwar

- Beim Einkauf von Mk. 4.— ein Diabollo (Art. Fl.) im Werte von 85 Pfg.
- Beim Einkauf von Mk. 6.— ein Diabollo (Art. Fm.) im Werte von Mk. 2.—
- Beim Einkauf von Mk. 8.— ein Diabollo (Art. Fa.) im Werte von Mk. 3.—
- Beim Einkauf von Mk. 10.— ein Diabollo (Art. Fr.) im Werte von Mk. 3.90
- Beim Einkauf von Mk. 12.— ein Diabollo (Art. Fo.) im Werte von Mk. 5.50

Meine streng festen Preise welche auf meine sämtlichen Waren aufgestempelt sind, sind durch die Gratiszugaben nicht erhöht.

Schuh-Haus

C. Korintenberg, Karlsruhe,

Kaiserstrasse 118. 3615

Geschäfts-Empfehlung.

Ich Unterzeichneter empfehle hiermit titl. Einwohnerschaft und besonders der Arbeiterschaft meine nur prima Fleisch- und Wurstwaren.

Der von der Organisation mir vorgelegte Tarif ist ohne Abänderung anerkannt und wird strikte eingehalten. 3621

Adolf Richheimer

Durlacherstrasse.

Filialen: Rheinstr. 46 u. Schützenstr. 39. Ferner Stand auf dem Markt Werberplatz u. Markt Karl Friedrichstrasse

Herrschaften! Dienboten!

Zur Beachtung!

Vertäglich 4—6 Uhr nachm. völlig unentgeltliche Vermittlung von Hausangehörten jeder Art.

Besonderes Unterhandlungszimmer. Städt. Arbeitsamt.

Weiblicher Arbeitsnachweis. Geschäftszeit 8—12 1/2 und 2—7. Telefon 629. 2122

Städtische

Rechtsanwaltsstelle

(Städtisches Arbeitsamt) Jähringerstrasse 100, Erdgeschoss erteilt milderbemittelten Personen unentgeltlich Rat und Auskunft, vornehmlich in Sachen des Arbeits- und Dienstvertrags, der Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung, Gesetzgebung, des Mietrechts, in Militär-, Steuer- und Staatsangehörigkeitsachen Kostenfreie Anfertigung von Schriftstücken.

Geschäftsstunden: Vertäglich von 9—1 und 3—7 Uhr. Telefon 629. 896

An bürgerlichem

Mittagstisch

Können noch einige Herren teilnehmen. 8614

Werberplatz 42, 2. St.

Fahrräder

Ein großer Posten neue Fahrräder mit Freilauf und Doppelglodenlager werden äußerst billig abgegeben im 3617

Auktionslokal

Herrenstr. 16, Tel. 1916.

Kücheneinrichtung

eine neue u. eine gebrauchte, sowie zwei Kochherde hat billig abzugeben 3620

Heinrich Karrer,

Spedition, Philippstr. 19, Telefon 1659.

Gewirgstr. 58, Sterb. 1. St. L. ist ein möbl. Zimmer zu vermieten.

la. Delikatess-

Filderkraut

per Pfd. 23 Pfg.

la. Nürnberger Ochsenmaul-Salat

40 Pfg. per Pfd.

la. Neue Holl. Vollheringe

große Fische per 3 Stück 20 Pfg.

Luger & Filialen

Gut erhalten. Waschherde Mädchen v. 7—10 Jahr. 2.30 Mk. 2 Anbaueinbauten für 5—7 Jahre St. 2 Mk., noch neuer Zimmerherd m. Eisenplatte 12 Mk., vertikal neue weiße Damenbatisthosen St. 2 Mk.

Dirschstr. 52, part. n. Sofienstr.

Zu verkaufen:

Saubere Bettstelle m. Matratze u. Nachttisch gut. 1.50 Mk. fast neuer Tisch 6.00, Bettstuhl m. Rotz 10.00, Küchenschrank fast neuer gr. Rotz 5.00. Uhlandstr. 12, part.

2 Gipsler

werden sofort eingestellt „Rögle“ in Wörth a. R.

Gesucht

redegew. Leute für einen guten baren Haushaltartitel. Näheres vormittags 8—10 Uhr Uhlandstr. 5, part.